

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ACHTZEHNTE JAHR
JULI 1967

7

THEODOR BERGMANN

Wirtschaftliche und soziale Probleme im Nahen Osten

Nach kurzem Waffengang schweigen im Nahen Osten die Kanonen. Tausende, vielleicht Zehntausende sind gefallen, noch mehr fürs Leben verkrüppelt. Die Probleme bleiben, ihre Lösung ist eher erschwert als erleichtert. Vor einer Wertung sollen zuerst die Tatsachen und die Positionen der Mächte dargestellt werden.

Leben unter den Arabern

Seit etwa hundert Jahren wuchs die jüdische Besiedlung in Palästina wieder; zuerst nur langsam, weil im Aufstieg des Kapitalismus die Toleranz zunahm und die Juden menschlicher behandelt wurden — wenn auch mit Unterschieden; die aufstrebende sozialistische Bewegung trug wesentlich dazu bei, daß die Juden allmählich gleichberechtigt wurden. In Gesellschaftskrisen wurden die Juden jedoch immer als Sündenböcke von jenen Regierungen benutzt, die ihre Probleme nicht lösen und den Regierten die Wahrheit nicht sagen konnten. Mit dem Anwachsen der faschistischen Bewegung vor allem in Europa stieg die jüdische Einwanderung nach Palästina schneller; die britische Kolonialregierung beschränkte jedoch die Einwanderung, so daß nicht alle jüdischen Verfolgten des Nazismus aufgenommen werden konnten. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges strömten Massen jüdischer Überlebender des Nazismus — etwa eine Million — ins Land. 1947 wurde der Staat Israel gegründet — gegen die Absichten der englischen Politik. Bis dahin hatten die Juden allen Boden, den sie für Häuserbau oder Landwirtschaft benötigten, den arabischen Eigentümern zu freien Marktpreisen abgekauft.

Angesichts der unsäglichen Leiden des jüdischen Volkes einigten sich die Großmächte, Sowjetunion und USA, die Staatsgründung anzuerkennen. Die Vereinten Nationen stimmten zu. Die arabischen Nachbarstaaten — zu jener Zeit nur feudalistische Fürstentümer — wollten die Entwicklung und die neuen Tatsachen nicht anerkennen, sondern organisierten unter dem englischen Kolonialoffizier *Glubb Pascha* einen „heiligen Befreiungskrieg“. Sie proklamierten als Ziel, die Juden ins Meer zu werfen, und waren ihres Endsieges so sicher, daß sie viele arabische Einwohner des damaligen Palästina zur Flucht mit den retirierenden Truppen veranlaßten.

Die arabischen Staaten verloren den Krieg trotz englischer Waffen und Offiziere und gewaltiger quantitativer Überlegenheit, weil sie sozial rückständige Gesellschaftsordnungen verteidigten. Während dieses Krieges 1947—1948 besetzten bzw. sicherten die Israelis mit ihrer sehr rudimentären Armee und gewisser Ostblockhilfe ihr heutiges Territo-

rium, das etwas größer ist als im Teilungsplan der UNO von 1947 vorgesehen. Dieser Plan war von Israel angenommen, von den Arabern abgelehnt worden.

1965 hatte Israel 2,6 Millionen Einwohner, davon ca. 300 000 Araber, die 1948 nicht abgewandert waren: das Territorium mißt 20 700 qkm. Die unmittelbaren Nachbarn Israels hatten 1964/65 eine Bevölkerung von rund 40 Millionen und verfügten über ein Territorium von 1,3 Millionen qkm. Dazu kommen eine Reihe weiterer arabischer oder islamischer Länder, die den Kampf gegen Israel unterstützen wollen, bis hin nach Pakistan.

Allein die Größenordnungen von Bevölkerung und Territorium der sich gegenüberstehenden Staaten lassen alles Gerede von israelischer Aggressivität und Imperialismus als lächerlich erscheinen. Wenn irgendwo eine Armee der Selbstverteidigung diene — auch bei lokalen Präventivangriffen — so gilt das für Israel.

Israel und seine Nachbarn

	km ²		Einwohner in 1 000	je km ²	Palästina- Flüchtlinge 1952
Israel	20 700	1965	2 563	124	
Syrien	185 180	1964	5 399*	29	80 000
Libanon	10 400	1964	2 250**	216	106 000
Jordanien	97 740	1965	1 950	20	465 000
VAR-Ägypten	1 000 000	1965	29 600	30	—
Gaza-Streifen unter ägypt. Verwaltung	202	1964	430	2 129	200 000
direkte Nachbarn	1 293 522		39 629	—	851 000
Saudiarabien	2 253 300	1964	6 630	3	—
Irak	448 742	1964	7 004	16	6 000
Kuwait	16 000	1965	468	29	—
Algerien	2 381 741	1964	12 300	5	—
restliche Verbündete der VAR	5 099 783	—	26 402	—	6 000
insgesamt	6 393 305	—	66 031	—	857 000

*) ohne 126 392 Palästina-Flüchtlinge (80 000 laut Archiv der Gegenwart)

***) nur Libanesen

Flüchtlingsproblem und] ordanwasser — zwei Zankäpfel

In den Nachbarländern Israels leben seit 1948 etwa 850 000 Flüchtlinge (nach der Zählung von 1952); inzwischen dürfte ihre Zahl stark zugenommen haben. Meist sind ihre Lebensverhältnisse miserabel; die Flüchtlingsfunktionäre haben wenig oder nichts getan, um die Menschen zu integrieren, ihnen Wohnungen, Schulen, Arbeitsplätze zu schaffen. So wurden diese Menschen selbst in dünnbesiedelten Ländern nicht zu Motoren des Wirtschaftswachstums, sondern belasteten die ohnehin schwachen Antriebskräfte. Die Flüchtlingslager wurden aus politischen Gründen konserviert und militärische Organisationen gebildet (palästinensische Befreiungsorganisation), weil man Israel als Provisorium betrachtete. Die 465 000 neuen Bürger Jordaniens seit etwa 1950 sind nur zu einem Teil

Flüchtlinge, weil sie großenteils in ihren Dörfern und Städten geblieben sind; ein Stück Palästinas mit überwiegend arabischer Bevölkerung und den Städten Hebron, Nablus, Jericho und der alte Kern Jerusalems kamen damals zu Jordanien. Die Neu-Jordanier sind aber bisher ein fragwürdiger Machtzuwachs für das ohnedies instabile Königreich *Husseins*, weil sie nicht voll in den Staat integriert wurden und daher unzufrieden sind. Vielleicht waren sie auch besser ausgebildet und hatten einen höheren Lebensstandard als die häufig nomadischen Transjordanier. 350 000 Juden verließen andererseits bis etwa 1951 die arabischen und mohammedanischen Länder und wanderten nach Israel ein.

Die UNO hat mit einer besonderen Hilfsorganisation für die Flüchtlinge gesorgt, aber nur ihr Existenzminimum sichern können.

In diesem mediterranen Gebiet mit Trockenklima ist menschliche Siedlung und seßhafte Agrarproduktion vom Wasser abhängig. Infolge dichter Besiedlung und intensiver Landwirtschaft mußte Israel seine inneren Wasservorräte erforschen, rationell nutzen und allmählich auch das Wasser des Jordan anzapfen, der die Länder Syrien, Israel und Jordanien berührt. Mit amerikanischer Vermittlung verhandelten die Anlieger jahrelang und erzielten 1955 ein Abkommen, das jedem seine Wassermenge zuteilte. Als der Plan fertig war, fanden die arabischen Regierungen, daß sie mit der Unterzeichnung das für sie nicht-existente Israel anerkennen würden. So zerfiel das Abkommen, und Israel begann unabhängig von den Nachbarn die Hule-Sümpfe zu kultivieren und seinen Anteil am Jordanwasser zu nutzen. Eine große Wasserleitung wurde vom Tiberias-See im Norden bis in die südliche Negev-Wüste gebaut und mit allen lokalen Versorgungsnetzen verknüpft. Jordanien hat ein kleineres Bewässerungsprojekt mit Jordanwasser im Ghor-Gebiet durchgeführt. Syrien hat verschiedentlich die israelischen Arbeiten zu sabotieren versucht, ohne Erfolg, selbst aber noch keine Bewässerungsprojekte eingeleitet. Statt dessen drohte die syrische Regierung, den Jordan abzuleiten, um Israel von dieser Wasserquelle abzuschneiden.

Nahost — Schnittpunkt vieler Interessen

Durch die Nahtstelle zwischen Asien und Afrika verlaufen wichtige weltwirtschaftliche und -politische Lebenslinien. Der Nahe Osten ist eines der reichsten Erdölgebiete der Erde. Der Suez-Kanal als wichtige internationale Schifffahrtsstraße verband früher die Besitzungen in Mittel- und Fernost mit dem englischen Mutterland. Die Türkei wurde als beherrschende Macht des Gebietes nach 1918 von England und Frankreich abgelöst. Deren politisches Erbe traten nach 1945 die USA an, die ständig ihre 6. Flotte im Mittelmeer stationierten. Einige Staaten dieser Region wurden zu amerikanischen Stützpunkten ausgebaut, so Türkei, Libanon, Jordanien, Irak, nicht aber Israel. Erdölinteressen und *Dulles'sche* Weltpolizei-Rolle verbanden sich, und antisowjetische Regionalpakte wurden aufgebaut, die inzwischen vor allem durch die irakische Revolution wieder zerfielen.

Wirtschaftliches und soziales Gefälle

Israel entwickelte sich allmählich zu einem modernen Staat mit überwiegend kapitalistischer Wirtschaft; große Sektoren sind jedoch gemein wirtschaftlich organisiert. Das bekannteste Beispiel sind die Kibbutzim, die moderne Landwirtschaft im großen genossenschaftlich betreiben. Die Regierungsform ist bürgerlich-demokratisch mit einer starken und vielgestaltigen Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten (Mapai) sind seit 1947 die führende Regierungspartei, die zwei linkssozialistischen Parteien haben wesentlichen Einfluß. Die Gewerkschaftsorganisation ist gut ausgebaut und hat große Wirtschaftsunternehmen geschaffen und finanziert, für die private Unternehmer sich nicht interessierten. Die kommunistische Partei ist legal und stellt einige Parlamentarier. Die arabischen Bür-

ger genießen die gleichen Rechte wie andere Bürger; in einigen Grenzzonen bestanden jedoch bis in die letzte Zeit Beschränkungen, die vorwiegend arabische Bürger trafen. Arabische Abgeordnete sitzen im israelischen Parlament, wo sie ihre Reden auf arabisch halten.

Der wirtschaftliche und soziale Aufbau Israels wurde getragen durch die eigenen hochqualifizierten Arbeitskräfte, in zweiter Linie durch Kapitalbildung aus jüdischen Sammlungen, aber auch durch Kapitalimport aus den USA und aus der Bundesrepublik. Dieser setzte jedoch erst in einem späten Stadium ein, etwa Mitte der 50er Jahre, als die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen waren. Lebensstandard und Bildungsmöglichkeiten sind für Juden und Araber in Israel wesentlich besser als in den Nachbarländern.

In den arabischen Ländern des Nahen Ostens war die innere Entwicklung nach 1945 sehr unterschiedlich. *Ägypten* erlebte zwei Revolutionen und wurde aus einem feudalen Königreich mit westlichem Kontakt zu einem Land, das sich den Blockfreien anschloß und außenpolitisch die Führung der panarabischen Strömungen erstrebte. Allmählich näherte sich Ägypten der Sowjetunion. Trotz dieser weltpolitischen Neuorientierung und dem Bekenntnis zum arabischen Sozialismus ist die KP in Ägypten wie in fast allen arabischen Staaten verboten, und ihre Anhänger werden z. T. hart verfolgt. Wirtschaftlich und innenpolitisch wurden wesentliche Strukturreformen durchgeführt, enteigneter Grundbesitz verteilt, Genossenschaften der bisher Landlosen gegründet, die Kultivierung einiger Wüstengebiete begonnen. Die Industrialisierung wurde gefördert, aber ebenso der soziale Fortschritt auf den Dörfern. Die landwirtschaftlichen Erträge wurden weiter gesteigert. Aber die großen Aufbauleistungen haben noch nicht die dringenden Wirtschaftssorgen beseitigt, weil die Vorbedingungen extrem schwierig sind: Die Nutzfläche ist sehr gering und kann nur wenig ausgedehnt werden; die Bevölkerung wächst schnell. Die großen Grundinvestitionen haben noch keine konsumierbaren Güter erbracht. Die schweren Rüstungslasten verlangsamten den wirtschaftlichen Aufschwung und die Hebung des Lebensstandards.

Jordanien, Libyen, Sauch-Arabien haben noch immer feudale Regime. Am unstabilsten sind die Verhältnisse in *Syrien*. *Tunesien* hält sich von aller Kriegspropaganda fern und hat schon einmal einen Vermittlungsvorschlag im israelisch-arabischen Konflikt gemacht.

Überhaupt sind die Beziehungen der arabischen Staaten untereinander höchst kompliziert: Unions- und Fusionspläne tauchen auf und verschwinden. Freundschaftserklärungen und Umsturzpropaganda zwischen zwei Partnern folgen einander unvermittelt. Die Staaten stehen auf verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufen, bilden also eine sehr heterogene Gruppe mit vielen internen Fehden. In ihrem jungen Nationalismus betrachten manche reaktionäre arabische Politiker die israelische Aufbauleistung und das soziale Gefälle als eine Herausforderung und einen sozialen Unruheherd.

Umkehrung der Allianzen

JN ach den Revolutionen und Revolten orientierten sich einige Länder außenpolitisch um; die Großmächte, die in diesem weltpolitischen Nervenzentrum Brückenköpfe aufzubauen suchten, verstärkten ihre Einmischung. Die Sowjetunion entzog Israel allmählich alle Unterstützung und verbündete sich mit Ägypten und später Syrien. England baute Jordaniens und Sauch-Arabiens Armee auf. Die USA verteilten ihre Militär- und Wirtschaftshilfe gleichmäßig auf beide Seiten. Ihre Hilfe an Ägypten war umfangreich, vor allem bei Getreide, aber häufig mit politischen Bedingungen verknüpft, die an die Selbständigkeit rühren mochten.

Der Konflikt um den Suez-Kanal und die Finanzierung des Assuan-Staudammes führte zu einer dramatischen Krise und Wende im Jahre 1956. Ägypten enteignete die

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE PROBLEME IM NAHEN OSTEN

französisch-englische Suez-Gesellschaft und sperrte den Kanal u. a. für die ganze israelische Schifffahrt. Nachdem die USA die Finanzierung des Dammes ablehnten, erklärte sich die Sowjetunion dazu bereit. In Israel löste *Ben-Gurion* die Regierung *Sharett* ab, die sich jahrelang erfolglos um Verhandlungen und Ausgleich mit den Araberstaaten bemüht hatte. Ein Geheimbündnis wurde zwischen Israel, England und Frankreich gegen Ägypten geschlossen. Im kurzen Sinai-Feldzug 1956 gegen Ägypten hatte Israel vollen militärischen Erfolg, noch ehe seine Augenblicksverbündeten überhaupt eingreifen konnten. Die USA und die Sowjetunion distanzieren sich von den Militäraktionen und erzwingen ihre Einstellung. In England wurde die Regierung *Eden* gestürzt. Die Blauhelme der UNO übernahmen die Grenzüberwachung und lösten damit die militärisch siegreichen israelischen Truppen ab. Sie sicherten auch durch ihre Postierung bei Scherm-el-Scheich die freie Schifffahrt im Golf von Akaba, die wirtschaftlich für Israel immer wichtiger wurde, besonders da der Suez-Kanal für Israel ständig geschlossen blieb.

Seit 1956 hat sich diese Lage — Ergebnis des Suez-Konfliktes — erhalten. Kleine Zwischenfälle waren häufig: Sabotageaktionen vor allem syrischer Freischärler und Vergeltungsaktionen israelischer Truppen. Israels militärischer Erfolg 1956 war aber politisch nicht zu unterbauen.

In Israel überwog zu allen Zeiten der Wunsch, ein Übereinkommen mit den arabischen Nachbarn zu suchen. Besonders die drei sozialistischen Parteien, aber auch die bürgerlichen Zionisten arbeiteten auf Verständigung hin. Eine überparteiliche Gruppe von Wissenschaftlern, Politikern und Schriftstellern, zu der Juden und Araber gehören, gibt seit Jahren die Zeitschrift *New Outlook* heraus, die dem Ausgleich dienen will. Aber weder militärische Siege noch Kompromißbereitschaft der israelischen Regierungen fanden bei den arabischen Regierungen ein Echo. Konkrete Vorschläge, einen Teil der Palästinaflüchtlinge in Israel zu integrieren, wurden als Zeichen beginnender Schwäche Israels angesehen und mit der kategorischen Forderung beantwortet, alle Flüchtlinge aufzunehmen.

Ähnliche Stimmen der Verhandlungsbereitschaft waren aus der arabischen Welt nur sporadisch zu hören. Der blinde Nationalismus und die antijüdische Propaganda — einmal angekurbelt — entwickelten eine Eigengesetzlichkeit. Kaum ein Politiker konnte sich ihr entziehen, ohne zum Verzichtpolitiker gestempelt zu werden, wie Tunesiens. Präsident *Bourguiba*. Trotz — vielleicht wegen — der schweren militärischen Niederlagen blieb das arabische Maximalprogramm bestehen: Vernichtung des Staates Israel, Vertreibung der jüdischen Bewohner.

Von Suez 1956 zu Suez 1967

Innenpolitisch, wirtschaftlich und militärisch ist Israel heute ein gefestigter Staat. Aber die außenpolitische Lage ist gegenüber 1956 völlig verändert. Die USA, die einzige Großmacht, die bis Kriegsausbruch Israel eine begrenzte Hilfe gewährten, sind selbst militärisch, wirtschaftlich und moralisch schwer durch den Vietnam-Krieg belastet und gebunden. Mit der Neutralitätserklärung hat die USA-Regierung ihre Wahl getroffen für Marshall *Ky* und die Erdölinteressen. Der letzte Schein für die Behauptung entfiel, Israel werde von den imperialistischen Westmächten unterstützt oder gar vorgeschoben. Ebenso kritisch ist die Außenpolitik der Sowjetunion zu beurteilen. Vielleicht wollte sie mit ihrer Nahostpolitik dem bisher überragenden Einfluß der USA in dieser Region entgegenreten, vielleicht auch Vietnam entlasten. — Die wohlwollendste Erklärung für die Schachzüge der Großmächte wäre, daß sie stillschweigend übereingekommen seien, sich aus dem akuten Konflikt herauszuhalten.

Die sowjetische Politik ist kurzfristig, wenn sie auf die unstabilen Feudalregimes setzt. Ihre Augenblicks-Alliierten sind sozialistischen Staaten nicht angemessen, die Methoden gefährlich und die Begründung unglaubwürdig. Die Sowjetunion kann in anderen

Ländern nur Verständnis erwarten, wenn ihre Motive verständlich und akzeptabel sind. Reden von israelischem Imperialismus, Aggressivität, Bedrohung des Weltfriedens, Provokation dürften selbst von den sowjetischen Verfassern nicht ernst genommen werden. Der Geist von Taschkent, der Vermittlung zwischen Indien und Pakistan, würde der Sowjetunion besser anstehen und den kämpfenden Völkern mehr helfen, als das Schüren gefährlicher Konflikte. Mit ihrer Parteinahme für die arabischen Forderungen, der massiven Militärhilfe und der Anheizung des Nervenkrieges hat die Sowjetunion viel moralisches Kapital verloren. Selbst ihre begrüßenswerte Hilfe für Vietnam gerät in Mißkredit.

England ist durch den Rest seiner imperialen Positionen auf merkwürdige Weise gebunden. Zwar ist die im wesentlichen konservative Außenpolitik feindlich gegen das nasseristische Ägypten gewesen, förderte aber andererseits die feudalen Ölpotentaten und Könige durch Waffenlieferung und andere Hilfe. Die Regierung *Wilson* hat bisher die traditionellen Linien englischer Außenpolitik kaum verändern können. — Frankreichs Freundschaft mit Israel war kurzlebig. — Die Garantieerklärung der drei Westmächte USA, England und Frankreich für Israel aus dem Jahre 1950 ist wertlos geworden; keiner der Unterzeichner wollte daran erinnert werden.

Die Umkehrung der Allianzen in Nahost entbehrt nicht grotesker Aspekte. Nur einige Beispiele seien genannt. Die Bundesregierung hat die volle diplomatische Anerkennung Israels erst ausgesprochen, als die Araber die Beziehungen zur DDR verstärkten, nicht aus eigener Initiative. Die meisten arabischen Staaten brachen daraufhin die Beziehungen zu Bonn ab. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, *Hassuna*, forderte, Bonn sollte das Heimatrecht der palästinensischen Flüchtlinge anerkennen, bevor die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Da Außenminister *Brandt* dem nicht nachkam, wurden die arabischen Kontakte zur DDR enger gestaltet. Diese kämpft zwar in Europa für die Respektierung der Grenzen und Ergebnisse des zweiten Weltkrieges; im Nahen Osten dagegen unterstützt sie die Revisions- und Revancheforderungen arabischer Nationalisten.

Gefahren des Bluffs

Quantitativ — an Soldaten und Material — waren die alliierten arabischen Armeen gewaltig überlegen. Wenn ihre militärischen Führer dennoch sogar Algerier anmarschieren ließen, so waren sie sich offenbar ihrer qualitativen Schwäche bewußt. Diese ist in der feudalen Ordnung und den reaktionären strategischen Zielen begründet, nicht in mangelndem Mut der Soldaten.

Schukeiri, Führer der Palästina-Befreiungsorganisation, erklärte am 2. Juni: „Wir werden den Israelis die Verschiffung in ihre Heimatländer erleichtern. Jeder der im Lande geborenen Israelis, der noch überlebt, wird in Palästina bleiben. Nach meiner Schätzung wird jedoch keiner von ihnen überleben.“ Man braucht die Worte nicht ernster zu nehmen, als frühere und spätere Erklärungen; der Bär wurde nicht erlegt, dessen Fell *Schukeiri* verteilt hat. Die arabischen Führer haben sich jedoch engagiert, die Bevölkerung aufgestachelt; die Sowjetunion stützte *Nasser*, *Nasser* stützte *Schukeiri* usw. Wurde umgekehrt *Nasser* zum Gefangenen *Schukeiris*? Kann aber nach den nazistischen Verbrechen am jüdischen Volk ein Mensch, der so denkt und spricht, als verantwortlicher Politiker angesehen werden?

Wege zur israelisch-arabischen Zusammenarbeit

Nach Wochen steigender Spannung und sechs blutigen Tagen, in denen die Menschheit in den Abgrund des dritten, atomaren Weltkrieges blickte, ist oberflächliche Ruhe an den meisten Fronten eingekehrt.

Der Konflikt im Nahen Osten berührt alle, weil die Welt für einen lokalen Krieg zu eng geworden ist. Besonders aber muß die tragische Situation deutsche Gewerkschafter und Sozialisten in beiden Deutschland berühren, weil sie selbst Opfer der Hitlerbarbarei waren und sich der ganzen Schuld des Hitlerismus für das Schicksal der Juden bewußt sind. So wie sie mit Gefühl und Verstand gegen die nordamerikanische Intervention in Vietnam protestieren, ist auch gegen sowjetische Hilfe und Förderung für kriegslüsterne Offiziere in Nahost zu protestieren.

Niemand hat das Recht, Öl ins Feuer zu gießen, auch nicht die DDR, die sich damit diplomatische Anerkennung erkaufen will. Ein gemeinsames Friedensinteresse der Völker muß das Lebensrecht der Israelis und der Vietnamesen fordern und sichern. Eine friedliche Lösung des Konfliktes ist zu suchen, die das Lebensrecht Israels sichert und die Zusammenarbeit zwischen Israel und den Arabern anbahnt. Alle technischen Probleme des Nahen Ostens können gemeinsam gelöst werden, ob es um das Wasser, die Flüchtlinge oder die Industrialisierung geht. Der Krieg aber verschärft alle Probleme; materiell vergerudet er Mittel und Energien, und die Atmosphäre wird vergiftet.

Deutsche Gewerkschaften haben eine besondere Verpflichtung, weil sie vor der Welt das Deutschland repräsentieren, das nicht teilhatte an den Hitlerverbrechen, und sie haben vielleicht auch eine besondere Möglichkeit. Daher ist die Bereitschaft des DGB zur Hilfe an Israel in einem Kampf, in dem es buchstäblich ganz allein stand, eine beispielhafte Tat. Aber noch etwas anderes könnte getan werden, um diese Aktion durch einen langfristigen Brückenschlag zwischen den Arbeitenden, den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern in allen Ländern des Nahen Ostens zu ergänzen. Vorschläge für eine gemeinsame Lösung der großen gemeinsamen Probleme wären auszuarbeiten und den Gewerkschaftszentralen beider Seiten vorzulegen. Das ist echte internationale Solidarität mit denen, die nach Frieden rufen.

Zum Krieg in Nahost

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Ausbruch des Krieges im Nahen Osten hat gezeigt, daß die Vereinten Nationen ihrer Verpflichtung, den Frieden zu sichern, bisher nicht gerecht wurden. Besonders die Großmächte USA und die Sowjetunion tragen vor der Welt eine unabdingbare Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens.

Die Vereinten Nationen haben Israel als unabhängigen und selbständigen Staat anerkannt. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben darüber hinaus den Bestand des Staates Israel garantiert und haben die Verpflichtung, Israel gegen jede Aggression zu schützen.

Es besteht kein Zweifel, daß die erklärte Absicht der arabischen Staaten, den Staat Israel durch einen „heiligen Krieg“ zu vernichten und seine Bürger „ins Meer zu treiben“, eine Aggression darstellt. Die Drohung, einen „totalen Krieg“ zu führen, erinnert an Vorgänge, die in jüngster Vergangenheit furchtbares Elend über die gesamte Welt gebracht haben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekräftigt seine Überzeugung, daß jedem Volk das Recht und die Mittel zu seiner freien und

unabhängigen Existenz gesichert und die Freiheit der Meere gewährleistet sein müssen. Alle internationalen Konflikte müssen nach Auffassung der Arbeitnehmer ohne Anwendung von Erpressung, Drohung und Gewalt gelöst werden.

Israel ist ein auf freier, demokratischer Grundlage beruhender Staat, in dem die demokratische Gewerkschaftsbewegung und ihre Arbeitnehmer eine entscheidende Rolle spielen. Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich daher mit der israelischen Gewerkschaftsbewegung und dem israelischen Volk in seinem jetzigen Abwehrkampf besonders eng verbunden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund appelliert an die Weltöffentlichkeit, die Vereinten Nationen und alle friedenswilligen Kräfte, stärksten moralischen Druck auf die Regierungen der Großmächte auszuüben, damit sie alles unternehmen, um eine sofortige Beendigung der Feindseligkeiten sowie einen gerechten, vertraglich gesicherten Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herbeizuführen.

Diese Erklärung ist von sämtlichen Mitgliedern des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes sowie den Vorsitzenden aller DGB-Gewerkschaften unterzeichnet.

Düsseldorf, den 6. Juni 1967